

Seminar zu Volkbildungsfragen

[ohne Datum]

Information Nr. 269/89 über die Durchführung eines von feindlichen, oppositionellen Kräften organisierten sogenannten Seminars zu Volkbildungsfragen in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3776, Bl. 1–5 (13. Expl.).

Serie

Informationen. Verteiler: Hager, Jarowinsky, Krenz, Margot Honecker, Oppermann, Kraußner, Löffler – MfS: Mittag, Leiter HA XX, HA XX/8, HA XX/AKG, Rebohle (ZAIG/1), Ablage.

Datum

Datierung durch Bearbeiter: 1.6.1989 (nach ZAIG-Postausgangsbuch, BStU, MfS, ZAIG 6085, Bd. d, Bl. 31–32).

Anlage 1: Abschrift eines offenen Briefes der Teilnehmer des Volkbildungsseminars an das Ministerium für Volksbildung.

Anlage 2: Kopie einer Eingabe der Teilnehmer des Volkbildungsseminars an das Ministerium für Volksbildung.

Verweis

Information 183/89.

Nach dem MfS streng intern vorliegenden Hinweisen wurde von hinlänglich bekannten Kräften des »Friedenskreises Weißensee«¹ im Zeitraum vom 26. bis 28. Mai 1989 im Evangelischen Gemeindezentrum Berlin-Weißensee ein längerfristig vorbereitetes sogenanntes Seminar zu Volkbildungsfragen durchgeführt.² Diese Veranstaltung, die unter dem Motto »Forum für alle, die sich von der Existenzform unseres Volkswesens be(ge)troffen fühlen« stand, ordnet sich ein in Vorgehensweisen und Vorhaben feindlicher, oppositioneller und kirchlicher Kräfte in der DDR gegen die sozialistische Bildungs- und Erziehungspolitik und den IX. Pädagogischen Kongress³ (vgl. dazu Information des MfS Nr. 183/89 vom 20. April 1989). Zu den Hauptakteuren gehört der Diakon der evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Hohenschönhausen, Mario *Schatta*,⁴ (maßgeblicher Inspirator und Organisator »flächendeckender« Kontrollen in Wahllokalen insbesondere des Stadtbezirkes Berlin-Weißensee und einer der aktivsten Kräfte bei der öffentlichen Verbreitung von Auffassungen über angebliche Manipulationen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR).⁵ An einzelnen Veranstaltungen im Rahmen des »Seminars«, das keine Öffentlichkeitswirksamkeit erreichte, nahmen bis zu 80 Personen teil.

Der Veranstaltungsverlauf war durch drei Referate, die anschließende Arbeit in Gruppen und ein Podiumsgespräch gekennzeichnet. Bis auf kurze Tagesgottesdienste gab es keinerlei religiösen Bezug; die Inhalte des »Seminars« waren ausschließlich politisch geprägt.

Der zunehmend in politisch negative Aktivitäten personeller Zusammenschlüsse einbezogene Mitarbeiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. Jens *Reich*,⁶ referierte u. a. zur Lehrplangestaltung in der Volksbildung. Er kritisierte die gültigen Lehrpläne, die nach seiner Auffassung zu stark auf Faktenvermittlung orientiert seien, Kreativität und Phantasie der Schüler nur ungenügend fördern und zur Persönlichkeitsentwicklung wenig beitragen würden. Seinen Ausführungen zufolge würde die Leistungsorientierung an den Schulen mögliche Eigeninitiativen der Schüler »bremsen«. Als Alternative orientierte *Reich* auf »Selbstbestimmung und Selbsterziehung« der Schüler.

Der hinlänglich bekannte Inspirator/Organisator politischer Untergrundtätigkeit, *Mißlitz*,⁷ Berlin, (besonders aktiv wirksam in dem personellen Zusammenschluss »Kirche von Unten«⁸) versuchte sich an einer »Darstellung der Geschichte der Volksbildung in der DDR«. Dabei unterstellte er der Volksbildung, beginnend ab Anfang der 1960er Jahre, undemokratische Tendenzen und behauptete, dass die günstige Ausgangsposition für eine demokratische Entwicklung der Volksbildung durch eine zunehmende Bürokratisierung und »verfestigte Machtstrukturen« zunichte gemacht worden sei. Unter Verweis auf die bekannten Ereignisse an der Erweiterten Oberschule »Carl von Ossietzky« in Berlin-Pankow äußerte er,⁹ für Schüler und Eltern bestünden gegenwärtig nur geringe, formale Mitwirkungsmöglichkeiten. Davon ausgehend forderte *Mißlitz* mehr Mitspracherecht, so u. a. das Recht auf Einsichtnahme in Schülerakten durch die Eltern und die Möglichkeit der Bildung von Schülerräten.

Zum Thema »Warum befassen sich Christen mit der Volksbildung« referierte der Leiter der Kirchlichen Erziehungskammer der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Dr. *Reiher*,¹⁰ (*Reiher* befasst sich mit konzeptionellen Überlegungen zur Bildungsproblematik, insbesondere mit der Suche nach sogenannten alternativen Bildungsangeboten. Im Rahmen von Veranstaltungen, so in einer im März 1989 von der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald durchgeführten, trug er Angriffe gegen die sozialistische Bildung und Erziehung vor. Die Kirchliche Erziehungskammer war bereits im April 1989 Mitorganisator der in Potsdam durchgeführten sogenannten Pädagogischen Werkstatt unter dem Motto »Beratungen über gegenwärtiges und zukünftiges pädagogisches Handeln in Gesellschaft und Kirche«¹¹). *Reiher* forderte in seinen Darlegungen u. a. die Aufnahme von Inhalten des Evangeliums in die Lehrpläne der Schulen in der DDR, mehr Freiräume für die eigenständige Entwicklung der Schüler sowie den »Abbau von Vorurteilen bei politischem Zweckverhalten«, z. B. bei der Vergabe von Studienplätzen, und wandte sich gegen eine »Totalerziehung«.

In den drei gebildeten Arbeitsgruppen – eine davon wurde von dem genannten *Schatta* geleitet – befassten sich die Teilnehmer mit den Themenstellungen

- »Aufbau und Struktur der Volksbildung, Machtstrukturen der Volksbildung, Volksbildung im gesamtgesellschaftlichen Kontext« (Diskussion u. a. um Veränderung der Lehrpläne, des Abschaffens des Zensurensystems, der Erweiterung der Mitbestimmung für Eltern und Schüler),
 - »Ziele, Inhalte, Methoden und Folgen der kommunistischen Erziehung« sowie
 - »Spannung zwischen christlicher und kommunistischer Erziehung am Beispiel Wehrerziehung als latente Vorbereitung auf den Wehrdienst
- Im Ergebnis der Diskussionen in den beiden letztgenannten thematischen Arbeitsgruppen wurden je ein »offener Brief« an das Ministerium für Volksbildung der DDR erarbeitet und zum Teil zu Unterschriftenleistungen dazu aufgefordert. (Die Briefftexte sind der Information als Anlage beigefügt.)

Unter Bezugnahme auf das Sicheinsetzenwollen für eine »neue Kultur des politischen Streits« und der Mitwirkung bei der »Inangriffnahme und Erschließung neuer Denkmodelle« werden in den genannten Schreiben erneut Forderungen nach Sachgesprächen mit der Volksbildung erhoben. Weitere Einzelforderungen beziehen sich auf eine »demokratische Umgestaltung« in der DDR einschließlich der »Demokratisierung des Bildungssystems« und der Schaffung von Voraussetzungen zur Erarbeitung eines »basisdemokratischen Modells« der Volksbildung sowie auf die Entfernung aller militärischen und paramilitärischen Elemente aus dem System der Volksbildung einschließlich der Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung, des Unterrichtsfaches Wehrerziehung¹² und der »Feindbildprojektion«.

Über einen in Verantwortung der ersten Arbeitsgruppe zu erarbeitenden »Offenen Brief« an den IX. Pädagogischen Kongress konnte keine Einigung erzielt werden. Die Diskussion dazu sollte fortgesetzt werden.

Eine abschließende Podiumsdiskussion, in der die bereits in den Arbeitsgruppen diskutierten Inhalte wiederholt bzw. bestätigt wurden, stand unter dem Motto: »Volksbildung im Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der zielgerichteten Einwirkung auf die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und der Individualität des Schülers«. Als Gesprächspartner im Rahmen dieser Podiumsdiskussion fungierte neben *Schatta* und einem weiteren Theologen der von der EOS »Carl von Ossietzky« relegierte Schüler Benjamin *Lindner*.¹³

Im Rahmen des sogenannten Seminars zu Volksbildungsfragen trat der Liedermacher Karl-Heinz *Bombert*¹⁴ mit seinem bekannten Programm politisch negativen Inhalts »Ja – aber!« auf. Aussagen zur Volksbildung wurden darin nur tangiert.

Nach ersten vorliegenden Hinweisen seitens der Organisatoren schätzen diese intern ein, das mit der Veranstaltung angestrebte Ziel nicht erreicht zu haben. Insbesondere sei es ihnen nicht gelungen, Ansprechpartner aus dem Bereich der Volksbildung zu gewinnen und eine polemische Diskussion zu gestalten.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage 1 zur Information Nr. 269/89

[Abschrift eines offenen Briefs der Teilnehmer des Volksbildungsseminars an das Ministerium für Volksbildung]

Ministerium für Volksbildung | Unter den Linden | Berlin | 1086 | Berlin, den 29.5.1989 | Max-Steinke-Straße

Offener Brief

Im Rahmen eines Forums zu Fragen der Volksbildung nehmen wir Teilnehmer, die wir gleichzeitig als Betroffene unser Unbehagen am existierenden Volksbildungssystem äußerten, die Gelegenheit wahr, uns mit unserer Kritik und unseren Vorschlägen an das Ministerium für Volksbildung zu wenden (Paragraph 24 der Schulordnung).¹⁵

Ermutigt werden wir unter anderem durch Publikationen von Dr. Dieter Kirchhöfer¹⁶ (Sonntag 15/89),¹⁷ Rudolf Waterstradt¹⁸ (Weltbühne 7/89),¹⁹ Achim Hoffmann²⁰ (Weltbühne 9/89)²¹ sowie die Veröffentlichung über die Konferenz zur biopsychosozialen Einheit Mensch (Sonntag 9/89).²² Die »Organisation solcher pädagogischer Bedingungen, in denen sich der Heranwachsende die menschlichen Wesenskräfte selbst aneignet und sich so als Persönlichkeit entwickelt« (Kirchhöfer Sonntag 15/89) ist nach unseren Erfahrungen Grundvoraussetzung für notwendige Änderungen. Wir stellen unter Kindern und Jugendlichen Entwicklungen fest, die unsere Besorgnis erregen, wie unter anderem

- fehlende Mitverantwortung gegenüber Umwelt, Natur und gesellschaftlichem Eigentum,
- Rückzug ins Private,
- gestörte Partnerschaftsbeziehungen (hohe Scheidungsrate),
- Unselbstständigkeit,
- wenig gesellschaftliches Engagement,
- konsumorientierte Lebenshaltung,
- zunehmende Verhaltensstörungen bei Kindern im Schulalter,
- fehlende Ehrlichkeit (private und öffentliche Meinung).

Erfolgreiche Änderungen sind nur möglich, wenn die Fremdbestimmung von Schülern und Lehrern aufhört, wenn die Einstellung zum Kind als Subjekt selbstverständlich wird (Kirchhöfer Sonntag 9/89).²³

Unsere Änderungsvorschläge:

- Die notwendige demokratische Umgestaltung unseres Landes als Grundvoraussetzung, um eine handlungsfähige Volksbildung zu schaffen
- die aktive Teilnahme aller gesellschaftlichen Schichten im Rahmen einer uneingeschränkten Öffentlichkeit an allen Schulfragen (KPD-Forderung von 1922);²⁴
- Einführung der gesetzlichen Möglichkeit für Teilzeitarbeit (Christine Emmrich ²⁵ – Sowjetfrau 2/89);²⁶
- gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung der Mütter bzw. Väter und die Möglichkeit für jede Frau/Mann, sich in der Betreuungszeit der Kinder weiterzubilden;
- in allen zu schaffenden Gremien Diskussion und Erarbeitung eines basisdemokratischen Modells der Volksbildung (Dezentralisierung der Verwaltung, Selbstverwaltung der Schulen);
- Hauptaufgabe wäre die Erarbeitung von Sozial- und Demokratiefähigkeit;
- Verabschiedung der Lehrpläne durch beschlussfassende Elternversammlungen;
- Einführung von zyklischer Abwählbarkeit der Verwaltung;
- Abzug der Parteijugendorganisation aus der Schule;
- Schaffung einer Schülermitbestimmung;
- Erarbeitung und Kontrolle der Lehrpläne durch öffentliche Gremien (z. B. Akademien, Künstlerverbände, Gewerkschaften, Eltern und Schü
- Entideologisierung, Enttabuisierung, Entnormung der Volksbildung.

Es handelt sich hierbei nicht um Maximalforderungen, sondern um die Inangriffnahme und Erschließung neuer Denkmodelle, die in einer Zeit weltweiter Endzeitstimmung endlich gewagt werden müssen. Auch gesellschaftliche Erfahrungslosigkeit darf nicht davon abhalten, die ersten entscheidenden Schritte zu tun. Wir sind sehr an einem konstruktiven Gespräch mit Ihnen interessiert, um diese Schritte gemeinsam zu gehen.

Teilnehmer des Volksbildungsseminars

Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch

Anlage 2 zur Information Nr. 269/89

[Kopie einer Eingabe der Teilnehmer des Volksbildungsseminars an das Ministerium für Volksbildung]

Ministerium für Volksbildung | Unter den Linden | Berlin | 1086 | z. Hd. Frau Honecker ²⁷ | Berlin, den 28.5.1989

Eingabe – offener Brief

Werte Frau Honecker!

Wir haben uns im Rahmen eines pädagogischen Seminars intensiv mit Schulbüchern und Lehrplänen beschäftigt. Uns macht betroffen, in welchem Maße militärische Strukturen und Inhalte Grundlage für den Unterricht sind.

In dem 1987 veröffentlichten SPD-SED-Papier »Der Streit um die Ideologien«²⁸ heißt es unter anderem: »Unsere weltgeschichtliche neue Situation besteht darin, dass die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder untergehen kann. Eine solche Alternative ... verlange ein politisches Denken, das historisch ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein ... Dazu ist auf beiden Seiten nötig ... die Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Misstrauen und Bedrohungsängsten ... ausschlaggebend für eine neue Kultur des politischen Streitens, ist also eine realistische und differenzierte Analyse und Darstellung der anderen Seite statt Propagierung pauschaler Feindbilder und Weckung von Bedrohungsängsten«.

Ihre Partei hat sich verpflichtet, Einsichten und Schlussfolgerungen aus diesem Papier zu verwirklichen. Wir, eine Gruppe politisch und pädagogisch interessierter Menschen, möchten die eingegangenen Versprechungen annehmen. Uns geht es um die Erfüllung dieser Versprechen in unserem Land und konkret in der Volksbildung.

Ein Blick in Schulbücher, Lehrpläne und Anleitungsmaterial für Kindergärtner, das sich als wissenschaftlich und objektiv präsentiert, genügt, pauschale Feindbilder und politische Darstellung der westlichen Welt und schließlich die sehr, sehr alte Kultur des militärischen Streites zu erkennen.

Dieses wird als wissenschaftlicher Lehrstoff vermittelt, und gleichzeitig als Werte unserer Gesellschaft dargestellt. Ohne Beseitigung des Anachronismus,²⁹ Wehrerziehung in der Volksbildung, ohne den Verzicht auf Vermittlung von Bedrohungsängsten und politisches Anheizen ist eine sachbezogene und kreative Lösung der Menschheitsprobleme nicht denkbar.

Deshalb fordern wir:

- Entfernung von militärischen und militärverherrlichenden Inhalten aus den Lehrbüchern;
- Abschaffung des Faches Wehrerziehung;
- Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung;
- eindeutige Trennung der GST von der Volksbildung;
- kein militärisches Spielzeug in kinderbetreuenden Einrichtungen;
- Herauslösen der Pionierorganisation und der FDJ aus ihrer jetzigen paramilitärischen Struktur;
- Wegfall einer Feindbildprojektion;
- Abschaffung militärischer Normen im Sportunterricht;
- Wegfall der (militärischen) Meldung vor dem Unterricht.

1

Der »Friedenskreis Weißensee« wurde 1983 durch den Diakon der evangelischen Stephanus-Stiftung Mario Schatta gegründet. Im Mittelpunkt der Oppositionsgruppe standen zunächst Fragen der Wehrdienstverweigerung, des Bildungswesens und der Abrüstung in Ost und West. Größere Bekanntheit erlangte der Kreis mit dem Versuch, die Stimmenausschüttung bei der Kommunalwahl am 7.5.1989 im Bezirk Weißensee zu kontrollieren. Schatta und seine Mitstreiter konnten erstmals flächendeckende Wahlfälschung der staatlichen Organe nachweisen. Sie erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und organisierten an jedem 7. des Monats eine Protestdemonstration in Ostberlin, ab dem 7. Juli auf dem Alexanderplatz. Im Oktober 1989 schlossen sich viele Mitglieder des Friedenskreises dem »Demokratischen Aufbruch« an.

2

Das als Gegenveranstaltung zum IX. Pädagogischen Kongress gedachte dreitägige Seminar zur Volksbildung wird ausführlich beschrieben bei Kaack, Heike: Der IX. Pädagogische Kongress am Ende der DDR. Frankfurt/M. 2015, S. 172–175.

3

Der maßgeblich von Margot Honecker initiierte IX. Pädagogische Kongress fand vom 13. bis 15.6.1989 im Palast der Republik in Ostberlin statt. Im Vorfeld der Veranstaltungen hatten sich zahlreiche Bürger zusammengefunden, um in kritischen Eingaben eine Neuausrichtung des Bildungswesens anzustoßen, darunter auch die aus der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft IX. Pädagogischer Kongress. Der Verlauf der Veranstaltung symbolisierte für viele kritische Beobachter die Unfähigkeit der SED-Führung, das DDR-Bildungswesen umfassend zu reformieren. Siehe weiterführend: Kaack, Heike: Der IX. Pädagogische Kongress am Ende der DDR. Frankfurt/M. 2015.

4

Mario Schatta, Jg. 1963, Diakon, 1984 Verweigerung von Wehrdienst und Dienst als Bausoldat, 1983 Mitbegründer des »Weißenseer Friedenskreises«, maßgeblich an der Aufdeckung der Fälschungen bei der Kommunalwahl im Mai 1989 beteiligt, organisierte in der Folgezeit an jedem 7. eines Monats Protestdemonstrationen in Ostberlin, ab dem 7. Juli auf dem Alexanderplatz, im Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, Teilnahme am Runden Tisch Weißensee.

5

Die »Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen«, kurz: Kommunalwahlen, fanden am 7.5.1989 statt. Das offizielle Ergebnis lautete: 98,85 % Zustimmung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front (Einheitsliste) bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 %. Bürgerrechtlern, die die unfreien Wahlen schon vorab kritisierten, gelang es, Manipulationen und Wahlfälschungen in zahlreichen Wahlbüros aufzudecken und öffentlich zu machen. Die Vorgänge rund um die Kommunalwahlen waren wichtige Impulse für die Friedliche Revolution.

6

Jens Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften, seit 1980 Professor für Biomathematik am Zentralinstitut, 1970 Gründung des »Freitagskreises« für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, seit 1985 Mitarbeit in oppositionellen Zirkeln, Auftritte in der Gethsemanekirche und in der

»Umweltbibliothek« in Berlin, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, zusammen mit Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) und Marianne Birthler Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Oktober bis Dezember 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, anschließend Rückkehr in die Forschung.

7

Herbert Mißlitz, Jg. 1960, Stuckateur, seit 1978 in verschiedenen oppositionellen Gruppen tätig, 1987–89 Mitarbeiter der »Kirche von Unten«, 1988–89 Mitglied der Gruppe »Demokratische SozialistInnen«, September 1989 Mitautor des Gründungsaufrufs der Vereinigten Linken (VL) »Böhlemer Plattform«, anschließend Mitglied des politischen Beirats und des Arbeitssekretariats der VL in der Volkskammer.

8

Die basisdemokratische »Kirche von Unten« (KvU) entstand 1987 vor dem Hintergrund der mitunter konfliktbehafteten Beziehung von Basisgruppen und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Die Basisgruppen kritisierten eine zu große Staatsnähe der Kirchenleitung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Evangelischen Kirchentag im Jahr des 750-jährigen Jubiläums Berlins 1987. Auf Verlangen der Staatsorgane untersagte Generalsuperintendent Günter Krusche z. B. die Durchführung der seit 1982 jährlich veranstalteten »Friedenswerkstatt«, woraufhin verschiedene Basisgruppen aus Berlin und der DDR einen »Kirchentag von Unten« organisierten. Diese Gegenveranstaltung stieß mit etwa 6 000 Besuchern auf unerwartet große Resonanz, woraufhin sich die Organisatoren entschieden, die »Kirche von Unten« zu gründen. Die KvU machte besonders durch Aktionen für Frieden, Menschenrechte und Umweltschutz auf sich aufmerksam.

9

Im September 1988 wurden Kai Feller, Katja Ihle, Philipp Lengsfeld und Benjamin Lindner von der EOS »Carl von Ossietzky« in Berlin-Pankow relegiert. Die Schüler waren wegen kritischer Plakate (»Neonazis raus«) und Artikeln an der schulinternen Wandzeitung (»Solidarität mit Solidarność«) aufgefallen und hatten damit lebhaftere Diskussionen in der Schule ausgelöst. Eine Unterschriftensammlung gegen Militärparaden anlässlich des Jahrestages der DDR wurde von 38 der insgesamt 160 Schülerinnen und Schüler unterzeichnet. Auf Druck von Schulleitung, SED und Elternhäusern zogen 30 Schüler ihre Unterschrift zurück, die übrigen acht wurden hart bestraft. Vier Schüler wurden relegiert, zwei erhielten einen Verweis und zwei wurden strafversetzt. Das staatliche Vorgehen schlug hohe Wellen, nicht zuletzt weil mit Philipp Lengsfeld der Sohn der gerade ausgebürgerten Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld sowie der Sohn von Egon Krenz, der die Schule ebenfalls besuchte, in den Fall involviert waren. In kirchlichen Kreisen kam es zu Solidaritätskundgebungen, auch viele Bürger artikulierten ihr Missfallen. Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution in der DDR. Bonn 2009, S. 291–300.

10

Dieter Reiher, Jg. 1933, evangelischer Theologe und Pädagoge, 1966–77 Dozent für Katechetik und Pädagogik am Predigerseminar Brandenburg, 1977–90 Leiter der kirchlichen Erziehungskammer der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1990 Staatssekretär für Bildung und Wissenschaft der Regierung de Maizière.

11

Auf der vom Landesjugendpfarramt Brandenburg, dem Stadtjugendpfarramt Berlin und der Kirchlichen Erziehungskammer veranstalteten »Pädagogischen Werkstatt« diskutierten am 15.4.1989 Eltern, Lehrer, Pfarrer und Kirchenmitarbeiter aktuelle pädagogische Fragen unter dem Motto »Wozu lohnt es zu lernen?«. Vgl. Schneider, Ilona-Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation. Opladen 1995, S. 450 f.

12

Der Wehrkundeunterricht, auch Wehrerziehung genannt, fand ab dem 1.9.1978 Einzug in die Lehrpläne der 9. und 10. Klassen der POS. Ab Ma 1981 gab es ihn auch in den 11. Klassen der EOS. Am Ende der 9. Klasse mussten die Jungen in ein zwölf-tägiges Wehrlager. Die Mädchen und diejenigen Jungen, die aus Gesundheitsgründen nicht am Lager teilnehmen konnten oder die Ausbildung an Waffen verweigerten, hatten einen zwölf-tägigen Lehrgang in Zivilverteidigung zu absolvieren.

13

Benjamin Lindner, Jg. 1970, Schüler, im September 1988 von der EOS »Carl von Ossietzky« in Berlin relegiert, seitdem Hilfspfleger in der Stephanus-Stiftung Berlin.

14

Karl-Heinz Bomberg, Jg. 1955, Liedermacher und Anästhesist, seit 1981 Auftritte als Liedermacher, erhielt aufgrund seiner kritischen Liedertexte bald Auftritts- und Publikationsverbot, 1984 wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt, kam für drei Monate in Untersuchungshaft des MFS.

15

Paragraph 24 der Schulordnung betraf die Rechte und Pflichten des Klassenlehrers. In Absatz 5 heißt es: »Der Klassenlehrer hat Hinweise und Vorschläge der Eltern zur weiteren Verbesserung der erzieherischen Arbeit zu beachten und erforderlichenfalls den Direktor darüber zu informieren.« Vgl. Schulordnung der DDR v. 29.11.1979; GBl. 1979, S. 433–443, hier 441.

16

Dieter Kirchhöfer, Jg. 1936, Pädagoge, 1963–89 Assistent und Hochschullehrer für Philosophie, Erkenntnistheorie, Wissenschaftsmethodologie

und Logik an den Pädagogischen Hochschulen Dresden, Zwickau und der Technischen Universität Dresden, 1981–85 Rektor der Pädagogischen Hochschule Zwickau, seit 1986 Hochschullehrer und Vizepräsident an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin.

17

Kirchhöfer, Dieter: Zu Individualität ermutigen. In: Sonntag, Heft 15, 1989, S. 3.

18

Im Original: »Waterstadt«. Rudolf Waterstradt, Jg. 1925, Ingenieur und Betriebswirt, 1970–90 Assistent, Dozent und Professor an der Hochschule für Bauwesen in Leipzig (ab 1977 Technische Hochschule Leipzig), 1974 Berufung zum ordentlichen Professor für das Fachgebiet »Sozialistische Betriebswirtschaft« (Rechnungsführung und Statistik), bis Sommer 1990 Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften im Wissenschaftlichen Rat der Technischen Hochschule Leipzig, 1990 Emeritierung.

19

Waterstradt, Rudolf: Unzeitgemäße Prüfungen. In: Die Weltbühne v. 14.2.1989, Heft 7, 1989, S. 201–203.

20

Achim Hoffmann, Jg. 1946, Pädagoge, seit 1982 Dozent an der Universität Halle-Wittenberg mit den Schwerpunkten Spielpädagogik und Leistungsmotivation, 1982 Habilitationsschrift zum Thema »Bedingungen des Leistungsverhaltens von Studenten«.

21

Hoffmann, Achim: Unsere Jungen und unsere Mädchen. In: Die Weltbühne, Heft 9, 1988, S. 267–269.

22

Ziegenhagen, Ilse; Thinius, Bert: Konferenz zum Kennenlernen. Zur Konferenz »Biosoziale Einheit Mensch«. In: Sonntag, Heft 9, 1989, S. 9.

23

Vgl. »Biopsychosoziale Einheit Mensch«. Konferenz zum Kennenlernen. In: ebenda, S. 9.

24

Gemeint ist hier ein Anliegen der »Proletarischen Elternratsbewegung« der KPD zwischen 1920 und 1922, die sich für eine Mitsprache von Eltern aus der Arbeiterklasse bei innerschulischen Angelegenheiten engagierte. Zu den zentralen Forderungen der Bewegung zählten ein Stimmrecht bei allen Lehrerkonferenzen, die Einführung von Schülerräten, das Recht von Mitgliedern proletarischer Elternräte, jederzeit und unangemeldet dem Unterricht beizuwohnen und die Möglichkeit, Verordnungen und behördliche Anweisungen einzusehen. Einer der Protagonisten der Elternratsbewegung war der kommunistische Politiker und Theoretiker Edwin Hoernle. Siehe weiterführend Mehnert, Wolfgang: Die Bedeutung und die Aufgaben der Elternbeiräte im schulpolitischen Kampf des revolutionären Proletariats. In: Ders.: Der Beitrag Edwin Hoernles zum schulpolitischen Kampf der KPD in der Zeit der Weimarer Republik (1919–1929). Berlin 1958, S. 103–108.

25

Im Original: »Emmerich«. Christina Emmrich, Jg. 1948, SED- und FDGB-Funktionärin, 1974–86 politische Mitarbeiterin der SED-Bezirksleitung Berlin, zuständig für Frauenfragen, 1986–90 Sekretärin des FDGB für Frauenfragen.

26

Vgl. Emmrich, Christina: Wir lernen nach wie vor voneinander. Interview. In: Sowjetfrau. Illustrierte Monatschrift, 2/89, S. 10 f.

27

Margot Honecker, Jg. 1927, SED-Funktionärin, 1963–89 Ministerin für Volksbildung der DDR, 1963–89 Mitglied des ZK der SED, November 1989 Rücktritt, 4.2.1990 Austritt aus der SED/PDS.

28

Das Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-ZK mit dem Titel »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« wurde am 27.8.1987 in Bonn und Ostberlin auf parallelen Pressekonferenzen von Erhard Eppler und Rolf Reißig sowie Otto Reinhold und Thomas Meyer vorgestellt (ND v. 28.8.1987, S. 1 f., Dokument S. 3). Das Dokument erörtert Wege zur Koexistenz und zum friedlichen Wettbewerb der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Ost und West.

29

Im Original: »Anakronismus«.